

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Stadträtinnen und Stadträte,
sehr geehrter Herr Stadtkämmerer, sehr geehrte Herren Fachbereichsleiter,
meine Damen und Herren Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,

„Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.“ So unmittelbar vor Weihnachten hat selten eine Haushaltssitzung des Gemeinderates stattgefunden. Die Botschaft aus dem Weihnachtsevangelium hat gerade in diesem Jahr für uns alle auch eine drängende politische Dimension.

Mit dem Blick in die Ukraine und in den Nahen Osten aber auch in die Kriegs- und Konfliktfelder unserer Welt, die nicht täglich Bestandteil der medialen Berichterstattung sind, ist jedem deutlich klar, dass es um den Frieden auf Erden nicht gut bestellt ist.

Der Stall von Bethlehem liegt mitten im Kriegsgebiet und die Lage in den Ukrainischen Gebieten gestaltet sich ohne die Unterstützung von außen zunehmend militärisch aussichtslos. Kiew, Odessa, Lemberg, Jerusalem, Gaza, Bethlehem sind für uns durch das Leid der Menschen vor Ort näher gerückt und die Auswirkungen der weltpolitischen Lage ist längst in Bad Mergentheim angekommen. Mit Menschen, die Ihre Zukunft in Deutschland oder auch in unserer Stadt sehen oder die hier durch reine verwaltungstechnische Zuteilung angekommen sind.

Je näher das Weihnachtsfest rückt, desto schwerer fällt auch der sachliche Umgang mit der Frage der Migration, des Asyls und der Aufnahme von geflüchteten Personen. Aber es hilft wie immer nicht, die Augen vor den Themen zu verschließen oder noch schlimmer, sie radikalen Gruppen oder ideologischen Schönrednern zu überlassen. Unsere Bürgerschaft aber gerade auch die Menschen, die zu uns kommen, haben einen offenen und ehrlichen Umgang mit

der Gesellschaftlichen und Sozialen Frage unserer Zeit: Der Zuwanderung, verdient.

Wir müssen es als Verantwortungsträger aushalten, dass der Wunsch, Menschen in Not zu helfen und die Pflicht staatliche Ordnung und kommunalen Frieden aufrecht zu erhalten zwar gefühlsmäßig schwer voneinander zu trennen sind, aber gerade in dieser Trennung der einzige verantwortungsbewusste Weg im Umgang mit der Zuwanderung liegt.

Bad Mergentheim ist wie viele andere Städte in Baden-Württemberg an seine Belastungsgrenze gekommen, was die Aufnahme von Personen angeht. Darin sind sich Gemeinderat und Stadtverwaltung einig. Unsere Stadt hat schon immer ihren Beitrag in diesem Bereich erfüllt und erfüllt ihn über ihre Pflichtaufgaben hinaus auch weiterhin. Es ist aber eben auch ein Teil der Verantwortung für unsere Stadt, dass wir nun Einrichtungen und Institutionen wie Kindergärten, Kindertagesstätten und Schulen vor der zunehmenden Überlastung schützen müssen. Wir können und dürfen über unsere gesetzliche Pflicht hinaus, keine weiteren Personen in unserer Stadt unterbringen, wenn wir das gute und friedliche Miteinander und das Funktionieren von öffentlichen Einrichtungen nicht massiv gefährden wollen.

Da wir die gesetzlichen Grundlagen für zwingend notwendige Änderung im Asylbereich jedoch nicht selbst in der Hand haben und es dennoch wichtig ist, die Problemstellungen anzusprechen, will ich diese auch heute deutlich als Apell formulieren: Wir brauchen harte Grenzkontrollen an allen Deutschen Grenzen. Wir brauchen einen sofortigen Umstieg auf Sachleistungen und das Verbot des Transfers von Geldmitteln ins Ausland. Wir brauchen die Anpassung an Europäische Nachbarstaaten bei der Höhe von Leistungen und müssen den Rechtskreiswechsel hin zum Bürgergeld als großen politischen Fehler zwingend rückgängig machen. Wir benötigen eine klare Obergrenze für die Aufnahme von Menschen und einen Kostenersatz für die enormen finanziellen Belastungen der Kommunen. Wir müssen Personen ohne Aussicht auf einen Asylstatus konsequent an den Außengrenzen der EU und Deutschlands von einer Einreise abhalten und Personen nach beendetem Asylverfahren auch konsequent in sichere Heimatländer zurückführen. Wir benötigen vor allem die einfache Anwendung bestehenden Rechts, die in den meisten unberechtigten Fällen von vornherein eine Einreise gar nicht ermöglichen würde. Und wir müssen den Menschen, die bereits hier sind, das strikte Einhalten unserer verfassungsmäßigen Ordnung abverlangen.

Diese Maßnahmen sind aber nicht Selbstzweck, sondern schützen die Menschen, die wirklich unsere Hilfe benötigen und verhindern, dass die Hilfsbereitschaft der Bürgerschaft und die Leistungsfähigkeit der Landkreise, Städte und Gemeinden nicht überfordert und gefährdet werden.

Und darum geht es letztlich, den Menschen zu helfen, die wirklich unsere Hilfe benötigen, dies gilt für Deutsche Mitbürgerinnen und Mitbürger und die Menschen, die aus einem wirklichen Fluchtgrund zu uns kommen.

Denn Eines möchte ich in aller Deutlichkeit sagen. Wir tragen eine Verantwortung für alle Menschen, die in unseren Stadtgrenzen wohnen. Wir schützen alle Menschen, die in unseren Stadtgrenzen wohnen. Es geht immer um Menschen, deshalb darf die Debatte nicht radikal und nicht ohne den Blick auf menschliche Schicksale geführt werden.

Aber gerade um dies zu gewährleisten, muss sie geführt und nicht verheimlicht werden. Muss die Debatte sachlich, rechtsstaatlich und menschlich von den demokratischen Kräften geführt werden, ansonsten werden andere sich ihrer bemächtigen und Hass und Hetze zu vermeintlichen Wahrheiten machen.

Ob Flüchtlingssituation oder Corona-Pandemie. Gerade auf städtischer Ebene, eben direkt bei den Menschen, müssen wir uns in den Zeiten sogenannter Polykrisen auch als Krisenmanager verantworten. Diese Anstrengungen sind Teil unserer verfassungsmäßigen und rechtsstaatlichen Aufgabe. Sie kosten aber auch viel Kraft.

Umso wichtiger sehen wir es als CDU-Fraktion, uns um die aktive Gestaltung unserer Stadt und ihrer Stadtteile und um die Nutzung der vielen Potentiale von Bad Mergentheim zu kümmern. Wir müssen gerade in der Zeit schwieriger Rahmenbedingungen Lust auf Aufbruch, Beteiligung und Engagement machen. Wir müssen aber auch Hemmnisse und Vorgaben vor Ort abbauen. Es ist kein Platz in unserer Stadt für Bevormundung und „Besserwisstertum“, das den Bürgern ständig erklären will, wie sie ihr Leben zu führen und was sie korrekterweise zu denken oder zu tun haben.

Ganz im Gegenteil! Wir müssen kommunalpolitische Freude an der Vielzahl der Meinungen haben und Offenheit für ganz unterschiedliche Denkansätze mitbringen. Kommunalpolitik muss Hinwendung zum Bürger und nicht Vorgabe an den Bürger sein.

Wie stellen wir uns das als CDU-Fraktion vor:

Zunächst müssen wir diejenigen fördern und unterstützen, die unsere Stadt zusammenhalten: Unsere Ehrenamtlichen, die in Vereinen, Kirchen und Organisationen tagaus und tagein ihren Dienst an den Menschen unserer Stadt tun. Wir wollen mit einem neuen Programm die Jugendarbeit stärker fördern und finanziell unterstützen. Zudem wollen wir Hürden für die Durchführung von Veranstaltungen abbauen. Ich sage es ganz offen: Kein Mensch braucht den neuen Veranstaltungsleitfaden der Stadtverwaltung, der nur dazu dient Veranstaltungen zu verhindern und Ehrenamtlichen die Arbeit zu erschweren. Wort für Wort bei der Stadt Freiburg mit 230.000 Einwohnern abgeschrieben und nun für Bad Mergentheim angedacht, gibt es nur einen Weg dafür: Ab damit in die Tonne, bevor er Schaden verursacht.

Kümmern wir uns lieber um mehr Sauberkeit und Ordnung in unserer Stadt und um den Zustand der Bausubstanz. Kontrollieren wir lieber Problempunkte im Stadtgebiet als Bürger und Gäste. Machen wir lieber mehr Veranstaltungen als weniger, wie der Erfolg bei Lieder im Schloss für 2024, den wir aktiv mit unseren Anträgen eingefordert und unterstütz haben. Herzlichen Dank an das Verkehrsamt.

Wir lehnen weiterhin, die von den Grünen geforderten Hallengebühren für Vereine ab und fordern endlich die ausstehende Umsetzung der Ehrenamtskarte ein. Wir stehen für den Ausbau im Bereich der Feuerwehr, nach Mergentheim, Markelsheim und Wachbach nun in Stuppach und in Rot ein. Wir brauchen aktive Investitionen für unser Ehrenamt im Stadtgebiet, gerade eben im Jugendbereich, in Jugendarbeit, Jugendräume, Sportangebote und Treffpunkte.

Jeder Euro, den wir für das Ehrenamt investieren, wird sich hundertfach rechnen. Ohne die Ehrenamtlichen ist Bad Mergentheim nichts, Ihnen sind wir zu größtem Dank verpflichtet!

Lassen Sie uns 2024 zudem alte Probleme endlich beseitigen und vielleicht bei der Verkehrssituation in der Innenstadt beginnen. Dieses Chaos hemmt die Entwicklung der Innenstadt und den Einzelhandel und schadet dem Ansehen Bad Mergentheims massiv. Lassen Sie uns offen über die Möglichkeiten sprechen, den Verkehr wieder ins fließen und die Menschen nach Bad Mergentheim zu bringen. Lassen Sie uns angemessene Verkehrspolitik für den ländlichen Raum machen, die ÖPNV, Fußgänger und Radfahrer einbezieht aber die Wichtigkeit des Autos für uns auf dem Land anerkennt. Liebe Stadtverwaltung setzen Sie doch gleich morgen ein Zeichen und entfernen Sie die beiden meist gehassten

Poller in der gesamten Bundesrepublik, nämlich die beiden in der Frommengaße.

Bad Mergentheim hat abgesehen von diesen ärgerlichen Kampfplätzen, enormes Potential in seiner Entwicklung. Die Maßnahmen zur Landesgartenschau werden unserer Stadt einen großen Sprung nach vorne ermöglichen. Wir sollten dabei keine Angst vor den Herausforderungen haben, sondern die riesigen Entwicklungsmöglichkeiten aktiv angehen.

Wie auch unser Planungsbüro bestens weiß, lassen sich diese Ziele nicht im Schlafwagen oder im Liegestuhl unter Palmen erreichen. Sie werden Stadt, Gemeinderat und Verwaltung im höchsten Maße fordern. Ergänzt wird diese Entwicklung durch das Sanierungsgebiet in der Innenstadt, welches ganz neue Möglichkeiten für private und öffentliche Investitionen bietet.

Die CDU-Fraktion ist der Ansicht, dass diese Entwicklung jedoch nicht nur die Kernstadt, sondern alle Stadtteile umfassen soll. Wir haben deshalb nach dem Antrag zu den flankierenden Maßnahmen zur Landesgartenschau auf den Stadtteilen nun auch ein Stadtteilentwicklungskonzept beantragt, das gemeinsam mit den Ortschaftsräten einen Prozess in Gang setzen soll, die Entwicklung unserer Stadtteile aktiver voranzubringen und Schwerpunkte zu setzen. Hierzu gehört aber auch die Möglichkeit der Stadtteile sich weiterhin fortzuentwickeln, nämlich mit Neubauf lächen und innerörtlicher Entwicklung.

Wir stehen zu der Ausweisung neuer Wohnbauflächen in unseren Stadtteilen. Zudem haben wir auch in diesem Haushalt unsere Stadtteile von A wie Althausen bis W wie Wachbach mit ihren größeren und kleineren Anliegen berücksichtigt.

Das größte Anliegen unserer Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher ist jedoch, dass die Maßnahmen, die wir beschließen, auch zur Umsetzung kommen.

Hierfür muss zunächst die Stadtverwaltung aber letztlich auch der Gemeinderat Sorge tragen. Wir müssen hier schnell zu personellen und strukturellen Lösungen kommen und dürfen Maßnahmen nicht weiter von Haushalt zu Haushalt vor uns herschleppen.

Wir brauchen zudem auch die Kapazitäten um Bebauungsplanverfahren abarbeiten zu können und dürfen uns nicht ausschließlich mit Verfahren im Bereich der Freiflächenphotovoltaik lahmlegen. Die Stadt muss auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien mit Augenmaß vorgehen. Die CDU-Fraktion fordert beim Klimaschutz und der Klimafolgenanpassungen aber endlich konkrete Maßnahmen umzusetzen, wie von uns bereits vor mehr als 2 Jahren

eingebraucht und nicht auf einen vermeintlichen Manager zu warten oder viel Papier bei Fokusberatungen zu produzieren. Bis jetzt ist in diesem Bereich nur heiße Luft und CO2 produziert worden. Sinnvoller kommunaler Klimaschutz muss jedoch in konkreten nachvollziehbaren Projekten, wie Wasserspeichern, Beschattungen oder auch Versuchsflächen für innovative Formen der Energieerzeugung entstehen. Die CDU-Fraktion steht für diesen konkreten und sinnvollen Klimaschutz in unserer Stadt.

Lassen Sie mich noch auf ein ganz wesentliches Thema der zurückliegenden Haushalte eingehen. Dies ist der Bereich der Schulen, Kindergärten und Kindertagestätten. Die größten Investitionen nimmt die Stadt auch in diesem Jahr im Bildungsbereich vor und investiert damit sinnvoll und nachhaltig. Die CDU-Fraktion hatte mit dem Antrag zur Sanierung der Schulen parallel zum Neubau in der Au auch den Weg für die Ertüchtigung und Attraktivierung der bestehenden Schulgebäude auf den Weg gebracht. Wir sind hierbei mit Edelfingen und Wachbach und in der Folge Markelsheim und Bad Mergentheim auf einem guten aber langen Weg, zumal die weiterführenden Schulen zwingend folgen müssen. Ich sage es deutlich, wir wollen jeden Schulstandort im Stadtgebiet erhalten und fit für die Zukunft machen. Diese Zukunft wird auch hier in dezentralen Strukturen liegen. Der Bereich der Kindergärten und Kleinkindbetreuung wird zudem immer herausfordernder. Wir brauchen für diesen Weg besonders verlässliche Partner, die wir in den Schulleitungen und Lehrerkollegien und Trägern mit ihrem engagierten Personal in den Einrichtungen haben. Letztlich müssen wir diese Verlässlichkeit aber auch von einem Regierungspräsidium und einem Kultusministerium einfordern. Dass bis heute keine verbindliche Förderzusage für den Neubau der Grundschule in der Au vorliegt, ist einfach eine Schande und nicht zu akzeptieren!

Wir möchten deshalb die Verwaltung dringend ersuchen, die offene Frage der Fördermittel für das Projekt zu klären. Wenn wir an die kommenden Aufgaben als Schulträger gerade im Bereich der weiterführenden Schulen denken, müssen Förderzusagen absolute Verbindlichkeit haben.

An der Spitze des Bildungsbereichs steht in Bad Mergentheim die Duale Hochschule, worauf die Stadt bis heute sehr stolz sein kann. Die Nutzung des Städtischen Alten- und Pflughauses für die Hochschule und die Studentinnen und Studenten in Bad Mergentheim ist der CDU-Fraktion ein großes Anliegen, um den Standort noch attraktiver zu gestalten. Hier müssen nun endlich auch die entsprechenden Fortschritte und Beschlüsse erfolgen.

Ich wiederhole es, wir müssen Lust auf Mitmachen und privates Engagement schaffen. Wir müssen Lust auf Investitionen in unsere Stadt machen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen positiv beeinflussen. Es darf keine Angst vor Investition und der Schaffung von neuen Gewerbe- und Entwicklungsflächen geben, sondern ein offensives Angehen von Projekten.

Wir müssen gewerbliche Nutzungen wollen und dann auch bei der Umsetzung massiv unterstützen. Die Frage darf in der Verwaltung nicht lauten, was steht dem Projekt im Wege, sondern, wie schaffen wir den Weg für ein Projekt frei. Für den Wirtschaftsstandort, die Gesundheitsstadt den Tourismusstandort ist ein positives Klima hierbei elementar wichtig.

Dass das funktioniert, zeigen Investitionen wie das MediSpa oder die Sanierung der Wandelhalle, wo der Dank der Stadt auch dem Land und dem Landkreis für deren Unterstützung als Mitgesellschafter der Kurverwaltung gelten muss. Gerade das Land Baden-Württemberg muss zu seinen Kur- und Heilbädern stehen, um einen entscheidenden Wirtschaftszweig im Bereich des Tourismus und der Übernachtungen im Land dauerhaft zukunftsfähig und innovativ aufzustellen. An einem Protesttag wie heute, muss es auch gesagt werden, dass die Streichung der Agrardieselsubventionen, die Erhöhung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie und die Aussetzung von Förderprogrammen gerade uns im ländlichen Raum treffen. Damit muss Schluss sein. Dagegen müssen wir uns mit allen Mitteln als Kommunalpolitiker gemeinsam mit den Betroffenen wehren!

Es muss uns aber als Gemeinderat und Stadtverwaltung auch klar sein, dass wir selbst eine positive Grundstimmung erzeugen oder eben auch nicht. Jeder Einzelne trägt dazu bei, welches Bild die Menschen, die Unternehmen, die Vereine und Organisationen von unserer Stadt haben.

Die Voraussetzungen für ein positives Klima schaffen wir in nicht unerheblichem Maße durch die Mittel und Investitionen der Stadt.

„Zu haben was man will ist Reichtum. Es aber ohne Reichtum zu tun, ist Kraft.“ Dieser Satz des irischen Dramatikers George Bernard Shaw könnte besser nicht auf Bad Mergentheim und unsere Haushaltspläne passen.

Der Haushaltsplan 2024 ist in dieser Hinsicht ein echtes Kraftpaket mit einer enormen Investitionssumme, die aber nicht durch eigenen Reichtum getragen werden kann. In den zurückliegenden Jahren seit der Einbringung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes durch unsere Fraktion konnte die Verschuldung der Stadt im Kernhaushalt kontinuierlich abgebaut werden.

Dennoch bleibt die Lage angespannt, solange der Ergebnishaushalt seine Aufwendungen nicht selbst zu tragen in der Lage ist. Wir sehen als Fraktion aber tatsächlich die größte Herausforderung in der Abarbeitung der durch die Haushaltspläne festgelegten Maßnahmen und in der Fragestellung der Entwicklung des Stellenplans. Hierbei müssen wir gleichzeitig Wege finden, die Anzahl der Stellen nicht dauerhaft zu steigern. Wir halten nichts von einem erneuten Gutachten zur Struktur und Personalausstattung der Verwaltung. Aber Oberbürgermeister und Personalverwaltung sehen wir in der besonderen Pflicht, die Fragen nach Strukturen und Stellenbesetzungen neu und innovativer als bisher zu denken.

Wir haben eine engagierte und verantwortungsbewusste Stadtverwaltung. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern möchte ich ausdrücklich im Namen der CDU-Fraktion für Ihre Arbeit danken. Wir müssen aber hart daran arbeiten, Strukturen in vielen Bereichen bürgerfreundlicher, einfacher zugänglich und unkomplizierter zu gestalten. Wir sind als Stadt Dienstleister für unsere Bürgerschaft, dieser Gedanke muss an erster Stelle des Verwaltungshandelns stehen.

Mein Dank gilt abschließend Ihnen Herr Oberbürgermeister für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit, Herrn Stadtkämmerer Wirtz und seinem Team für die, wie immer, souveräne Aufstellung und Beratung des Haushaltsplanes. Den Herren Fachbereichsleitern und der gesamten Verwaltung für Ihren persönlichen Einsatz. Danken möchte ich den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates für die meist fairen aber zumindest immer interessanten Debatten. Herzlichen Dank möchte ich den Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern für das gute Miteinander sagen sowie der Presse für die Begleitung unserer Arbeit im Gremium. Abschließend gilt mein Dank der Bürgerschaft für Ihr Engagement um unsere Stadt.

„Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.“ Dieser Satz ist wohl mehr politische Herausforderung und Auftrag als ein einfaches Versprechen. Nehmen wir diese Herausforderung der Weihnachtsbotschaft an.

Wir wünschen Ihnen allen von Herzen ein gesegnetes Weihnachtsfest und Gottes reichen Segen im kommenden neuen Jahr!

Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2024 zu. Herzlichen Dank!

(Es gilt das gesprochene Wort)

Andreas Lehr